

Lokal-Thema

VG Rhens muss auf Brautschau gehen

Kommunalreform Eine Traumhochzeit wird es nicht werden – „Single“ zu bleiben, ist allerdings auch keine Option – Noch kann sich die Verbandsgemeinde ihren Partner für die Kommunal-Ehe selbst aussuchen – 13 Fragen und Antworten zur Fusion

Von unserer Mitarbeiterin
Annette Hoppen

■ **Rhens.** Spätestens zum 31. Dezember 2012 hat das Single-Leben für die VG Rhens ein Ende. Wenn sie bis dahin keinen Partner fürs weitere kommunale Leben gefunden hat, wird der Landtag die Verbandsgemeinde im Zuge der Kommunalreform zwingen, sich zu verheiraten. Welche Optionen hat Rhens bei der Brautschau? Winfried Manns, Geschäftsführer des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz, beantwortete jetzt auf Einladung der CDU „Rund um den Königsstuhl“ im Rahmen einer Informationsveranstaltung die Fragen vieler Bürger.

1. Wie sieht die rechtliche Grundlage aus?

Im September 2010 hat der Mainzer Landtag die Kommunalreform beschlossen. Auf deren Grundlage werden Verbandsgemeinden mit weniger als 12 000 Einwohnern und verbandsfreie Kommunen mit weniger als 10 000 Einwohnern durch Zusammenlegung mit anderen VGs oder durch Anschluss an eine verbandsfreie Stadt aufgelöst. Etwa 30 Verbandsgemeinden im Land sind von der Regelung betroffen.

2. Gibt es noch einen Möglichkeit, die Eigenständigkeit zu erhalten?

„Die Chancen dazu sind minimal“, lautet die klare Aussage von Manns. Ausgehend von der bundesweiten Rechtsprechung dürfte die Erfolgsaussicht, über den Klageweg die Eigenständigkeit zu erhalten, nach Manns' Prognose gegen null tendieren. Eine Gesetzesänderung durch eine mögliche politische Kräfteverschiebung nach der Landtagswahl schließt Manns ebenfalls aus. In Sachen Kommunalreform herrsche vom Grundsatz her Einigkeit.

3. Wann und wie wird die Reform umgesetzt?

Bis zum 31. Dezember 2012 läuft eine sogenannte Freiwilligkeitsphase. Innerhalb dieser Zeit können sich die betroffenen Kommunen selbst nach einem neuen Partner umschauen und Verhandlungen aufnehmen. Kommt es bis zu diesem Stichtag nicht zu einer Kooperationsvereinbarung, entscheidet der Landtag über den Zusammenschluss. Vollzogen sein muss die „kommunale Ehe“ dann bis spätestens Ende 2014.

4. Sollte sich die VG Rhens freiwillig einen Partner suchen oder warten?

„Wenn man Dinge selbst beeinflussen kann, sollte man das auch tun“, lautet die Empfehlung von Winfried Manns. Viele für einen Zusammenschluss entscheidenden Faktoren können von der VG beeinflusst werden, wenn sie selbst mit einer anderen Kommune in Verhandlungen tritt. Zum Beispiel: Bei einer VG-Verwaltung, die bei einem Zusammenschluss mit der VG Untermosel in Koblenz ihren Sitz hätte, wäre eine Außenstelle in Rhens verhandelbar.

5. Hat es Vorteile, wenn sich die VG Rhens schon in der Freiwilligkeitsphase auf die Suche macht?

Auf jeden Fall. Denn: Das Land zahlt eine „Hochzeitsprämie“, gestaffelt nach der Einwohnerzahl der Kommunen, die sich zusammenschließen. Laut Manns wird die Prämie voraussichtlich im sechsstelligen Bereich liegen.

6. Wie viel Zeit bleibt der VG Rhens noch, um auf Brautschau zu gehen?

„Ich würde keinesfalls bis zur Landtagswahl warten“, empfiehlt Manns. Sinnvoll sei es aber, das Ergebnis der von der Kommune in Auftrag gegebenen Studie abzuwarten. „Dann gilt es aber, sofort zu handeln“, betont der Geschäftsführer des Gemeinde- und Städtebundes.

7. Nach welchen Kriterien sollte die VG Rhens nach einem Wunschkandidaten suchen?

Winfried Manns: „Emotionen und politisches Kalkül sollten bei der Entscheidung außen vor bleiben.“ Seine Empfehlung lautet: auf sachlicher Ebene finanzwirtschaftliche und kommunalwirtschaftliche Aspekte prüfen und dann ebenso sachlich anhand der Datenlage eine Entscheidung treffen. Ein nicht zu verachtender Aspekt ist für Manns zudem die Nähe zur neuen Verwaltung. Die sollte auch bei Erwägungen beachtet werden, die einen Sprung über die Kreisgrenzen bedingen.

8. Welche Partner stehen zur Wahl, und welche Konsequenzen hat ein Zusammenschluss?

Möglich ist ein Anschluss von Rhens an die Stadt Koblenz. Dann verlieren die Ortsgemeinden ihre Eigenständigkeit. Rhens wird zum Stadtteil. Die zweite Option ist ein Zusammenschluss mit der Stadt Boppard. Entweder als Stadtteil oder über eine zu bildende Verbandsgemeinde. Als dritte Möglichkeit bietet sich der Zusammenschluss mit der VG Untermosel an. Auch hier besteht die Option: Anschluss oder Neubildung einer Verbandsgemeinde.

9. Gibt es einen Partner-Vorschlag vonseiten des Geschäftsführers des Gemeinde- und Städtebundes?

Nicht direkt. Aber eine Warnung. „Ich kenne den Haushalt der Stadt Koblenz, und die Zahlen dort sind nicht so toll“, erläutert Manns. Ein Zusammenschluss mit der Rhein-Mosel-Stadt wäre also nicht sein persönlicher Favorit. Außerdem gibt Manns zu bedenken: „Ob es

sinnvoll ist, einen reichen Landkreis, wie den von Mayen-Koblenz zu verlassen und sich dafür einem armen wie dem Rhein-Hunsrück-Kreis anzuschließen, wage ich zu bezweifeln.

10. Können einzelne Ortsgemeinden innerhalb der Verbandsgemeinde Rhens auch einen anderen Partner wählen als die restlichen VG-Gemeinden?

Spay wird Stadtteil von Boppard, Waldesch geht zur VG Untermosel, und Rhens schließt sich mit Brey der Stadt Koblenz an: Grundsätzlich ist auch das eine mögliche Variante. Diese müsse dann aber kommunalwirtschaftlich und finanzpolitisch begründet werden.

11. Gibt es die Möglichkeit, die Bürger in einem Bürgerentscheid über die Fusionierung abstimmen zu lassen?

„Nein“, lautet die klare Aussage von Winfried Manns. Zwar sei es möglich, die Bürger vorab um ihre Meinung zu fragen. Die Entscheidung selbst aber dürfe nicht über eine solche Abstimmung herbeigeführt werden. Das sieht das Gesetz nicht vor.

12. Welche Verhandlungsstrategie sollte die VG Rhens wählen? Anschluss oder die Bildung einer neuen Verbandsgemeinde pochen?

„Eine kleine Verbandsgemeinde muss nicht unbedingt der schwächere Verhandlungspartner sein.“ Entscheidend seien auch hier die Zahlen und etwa auch die Infrastruktur, die eine Kommune mitbringt. Deshalb ist sich der Geschäftsführer des Gemeinde- und Städtebundes sicher: Auch wenn der Bopparder Stadtrat einen anderslautenden Beschluss gefasst und bislang kein Interesse an einer Umwandlung in eine Verbandsgemeinde gezeigt hat, kann Rhens in noch zu führenden Verhandlungen durchaus auf die Bildung einer neuen gemeinsamen Verbandsgemeinde bestehen. Oder sich eben in anderer Richtung umschauen.

13. Wer entscheidet auf welchen Ebenen über die Fusionierung?

Ein Zusammenschluss zweier Kommunen ist möglich, wenn mehr als die Hälfte der Ortsgemeinden der Fusionierung zustimmen und in diesen betreffenden Ortsgemeinden mehr als die Hälfte der Einwohner einer VG wohnen. Den Beschluss fällt dann der VG-Rat. Ist ein Kreiswechsel erforderlich, muss auch der aufnehmende Kreis seine Zustimmung erteilen. Vollzogen wird der Zusammenschluss aber erst durch den Landtag, der letztendlich die Entscheidung trifft. „Wenn zwei Kommunen in der Freiwilligkeitsphase zueinanderfinden, wird der Landtag aber bestimmt nicht gegen eine solche Fusionierung stimmen“, lautet Manns' Prognose.

Die Kandidaten

Sind die Nachbarn für Kommunal-Ehe offen?

Würde Boppard die VG Rhens gerne eingemeinden? Wäre die VG Untermosel auch bereit, mit den Rhensern eine neue Verbandsgemeinde zu bilden? Und: Lockt die Stadt Koblenz vielleicht mit einem besonderen Verhandlungsangebot, um die VG Rhens schlucken zu dürfen und sich so mit dem Zuwachs an Einwohnern den Großstadtstatus mit Blick auf die demografische Entwicklung sichern zu können? Die RZ hat bei den Bürgermeistern nachgefragt.

Dr. Walter Bersch, Bürgermeister der Stadt Boppard:

„Alles ist denkbar. Nur: Es ist schwerer, eine Einheitsgemeinde zu zerlegen als zu bilden. Boppard ist in der Regel aufgrund seiner Wirtschaftskraft der größte Kreisumlagezahler im Rhein-Hunsrück-Kreis, womit klar sein dürfte, dass der Rhein-Huns-

rück-Kreis mit 103 000 Einwohnern weniger auf die Stadt Boppard mit 16 300 Einwohnern verzichten kann als der Landkreis Mayen-Koblenz mit 211 000 Einwohnern auf die Verbandsgemeinde Rhens mit 8700 Einwohnern. Entscheidend wird jedoch sein, was die Bürgerinnen und Bürger nach sorgsamem Abwägen aller Vor- und Nachteile wollen.“

Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig, Oberbürgermeister der Stadt Koblenz:

„Die Stadt Koblenz arbeitet schon heute erfolgreich mit ihren Nachbarn zusammen. Beispiele gibt es im Bereich der Abfallentsorgung oder bei der Wasserversorgung und -entsorgung. Dies ist schon einmal eine gute Grundlage, um vertrauensvoll

auch über eine Kommunalreform zu sprechen. Wir gehen unvoreingenommen in Gespräche, wenn eine unserer Nachbar-kommunen auf uns zu-

kommt. Eines sollten wir aber wegen der jüngsten Erfahrungen bei Infrastrukturprojekten bedenken: Wir müssen auf jeden Fall die Bürgerinnen und Bürger einbinden.“

Bruno Seibeld, Bürgermeister der VG Untermosel:

„Wir sind zu Gesprächen mit anderen Kommunen mit der Maßgabe offen, dass auch künftig die Zugehörigkeit aller der VG Untermosel angehörenden Ortsgemeinden zum Landkreis Mayen-Koblenz erhalten bleibt. Der VG-Rat bittet die Kommunen, die an einer Fusion mit der Ver-

bands-gemeinde Untermosel interessiert sind, die Beschlussfassungen in ihren Gremien zeitlich so zu fassen, dass eine Entscheidung noch in der Freiwilligkeitsphase möglich ist. Wir haben auf der anderen Seite ja auch die VG Treis-Karden, die allerdings im Landkreis Cochem liegt. Wir sind in die vom Innenministerium in Auftrag gegebenen Gutachten sowohl für Rhens als auch für Treis-Karden einbezogen. Über Details wird derzeit weder in dem einen noch in dem anderen Falle verhandelt. Dies wird der Fall sein, wenn eine dieser beiden oder beide Verbandsgemeinden an uns herantreten.“



Gutachten lässt auf sich warten

■ **Mainz.** Welcher Partner ist für die VG Rhens aus kommunalwirtschaftlicher und verwaltungstechnischer Sicht die beste Wahl? Diese Frage soll in einem Gutachten beantwortet werden, das das Mainzer Innenministerium in Auftrag gegeben hat. Das Problem: Noch liegt dieses Gutachten den Kommunen, die ihre Eigenständigkeit wegen zu geringer Größe und Einwohnerzahl aufgeben müssen, nicht vor. Kritische Stimmen befürchten und vermuten, die Landesregierung halte das Papier aus politischen Gründen bis zur Landtagswahl zurück. agh

FWG hat Fühler schon ausgestreckt

Verhandlungen Die Freien Wähler der VG Rhens wollen nicht warten, bis das Gutachten vorliegt

■ **Rhens.** Die Verbandsgemeinde Rhens nimmt keine Verhandlungen mit Nachbarkommunen auf, solange das Gutachten aus Mainz nicht vorliegt. Das hat der Verbandsgemeinderat in jüngster Sitzung beschlossen. Der Rat will also weiter warten.

In den Reihen der FWG-Fraktion sieht man diesen Beschluss jedoch recht kritisch. Auf informeller Ebene haben die Freien Wähler deshalb Kontakt zur FWG der Untermosel aufge-

nommen. „Da die Zeit drängt und nicht abzusehen ist, wann die Gutachten vorliegen werden, sind solche Vorabgespräche sehr hilfreich“, so Horst Zimmermann, Fraktionschef der FWG in der VG Rhens.

Zimmermann betont: „Ein solches Gespräch dient dem Kennenlernen, dem Aufzeigen der rechtlichen Situation, dem Erkennen etwaiger Bedenken, die ja auch im emotionalen Bereich liegen können, sowie dem Abklären gemeinsamer oder auch

unterschiedlicher Vorstellungen bezüglich einer neu zu gründenden VG.“ Mit solchen Gesprächen, so Zimmermann weiter, werde den wohl erst im neuen Jahr beginnenden offiziellen Verhandlungen ein Zeit- und Wissensvorsprung mitgegeben. Das sei enorm wichtig, da die Freiwilligkeitsphase im Jahr 2012 endet und für die Vielfalt der zu klärenden Fragen nicht mehr viel Zeit bleibe.

Zudem drängt die FWG darauf, die Bürger zumindest an der Entscheidungsfindung rasch zu beteiligen, auch wenn ein Bürgerentscheid selbst aus rechtlicher Sicht nicht infrage kommt.

Zimmermann erläutert: „Eine offizielle Bürgerbeteiligung in Form eines Bürgerentscheids ist zwar ausgeschlossen. Ohne Beteiligung der Bürger zumindest im Rahmen von Informationsveranstaltungen sollte aber durch die Räte keine Entscheidung getroffen werden.“

Deswegen lädt die FWG für Freitag, 25. November, zu einer Infoveranstaltung nach Waldesch ein. „Hierbei sollen die Gesetzeslage, die Auswirkungen der Kommunalreform sowie die möglichen Alternativen für uns bezüglich etwaiger Partner aufgezeigt werden“, sagt der Rhenser FWG-Chef. agh



Freiwilligkeitsphase möglich ist. Wir haben auf der anderen Seite ja auch die VG Treis-Karden, die allerdings im Landkreis Cochem liegt. Wir sind in die vom Innenministerium in Auftrag gegebenen Gutachten sowohl für Rhens als auch für Treis-Karden einbezogen. Über Details wird derzeit weder in dem einen noch in dem anderen Falle verhandelt. Dies wird der Fall sein, wenn eine dieser beiden oder beide Verbandsgemeinden an uns herantreten.“